

Jölker

Die Juden sind dem Wasser und Betrügereien sehr ergeben, auch werden sie an vielen Orten der Christenheit und besonders in Moskau nicht gebildet!

Es mag mancher Leser fragen, der diese recht merkwürdig anmutenden Zeilen liest. Sie stammen zwar nicht aus dem „finsternen“ Mittelalter, sondern aus der Zeit um 1700. Sie lehren, wie man auch damals noch die Juden beurteilte, die ja sogar, wie Berichte aus Nürnberg beweisen, noch im vorigen Jahrhundert nirgendwo gern gesehen und gemieden wurden. Diese Zeilen machen aber auch auf den gewaltigen Wandel aufmerksam, der sich mit Macht in den letzten 50 Jahren vollzogen hat, in jener Zeit, in der der Jude mehr und mehr die Oberhand gewann, um schließlich ganz nach der Herrschaft zu greifen. Und heute versteht der Jude von Moskau aus nicht allein ein Land, sondern die ganze Welt in Schrecken und Aufruhr. Von Moskau aus, wo der Jude einst nicht gebildet war!

Denken wir doch einmal darüber nach, wie es dem Juden gelingen konnte, vor allem auch in unserem deutschen Volk — die Zeit ist ja gar nicht so sehr entfernt — seinen unheilvollen Einfluß geltend zu machen. Ausgehend von der französischen Revolution hatte sich jene Staatsform herausgebildet, die uns unter dem Begriff Liberalismus bekannt ist. Dem deutschen Volk entsprach das Wesen des Liberalismus gewiß nicht, denn sonst wäre ihm recht bald zum Bewußtsein gekommen, wie es der Jude verstand, auf dem Weg über diese unheilbringende Irrlehre das Gift mehr und mehr in das Volk zu tragen, zugleich seinen Einfluß immer mehr geltend zu machen. Die Zerstückelung in Parteien wurde von ihm genährt durch Vergabe des Geldes, wobei er zunächst noch im Hintergrund blieb und lediglich die Marionetten tanzte. Und sie tanzten, wie das jüdische Geld es befehl — bis das deutsche Volk erwachte und in letzter Stunde der Nationalsozialismus den Spul besittigte.

Wir haben diese furchtbare Krankheit des 20. Jahrhunderts überwunden, andere Völker wollen die Gefahr jedoch noch nicht erkennen, eine Gefahr, die täglich unerbittlicher vor uns aufsteht. Denn, wenn Moskau zunächst noch versuchte, in Genf sich den Mantel der Demokratie umzuhängen, und dadurch die Völker täuschte, jetzt ist dieses Spiel auf dem glatten Parkett nicht mehr möglich. Die letzten Ereignisse haben schlaglichtartig die gefährliche Lage beleuchtet, in der sich Europa und die Kultur des Abendlandes befinden. In Moskau versuchen sich die Machthaber, an ihrer Spitze Stalin, mit den Mitteln des Schreckens an der Macht zu halten. Für jeden einsichtigen kann es keinen Zweifel sein, daß das Sowjet-System die Inkarnation einer zutiefst verbrecherischen Gesinnung ist. Schon schrieb eine englische Zeitung, daß Moskau ein Tollhaus oder die Welt verrückt geworden sei. Dieser Stimme aus der Wüste wollen wir aber einige Punkte hinzufügen, die auch den hartnäckigsten Anhängern des Bolschewismus zu denken geben. Wenn Moskau früher feststellte und den Eindruck zu machen versuchte, als beschränkte sich der Bolschewismus auf Rußland selbst, so hat sich Stalin selbst zum alten Ziel der Weltrevolution bekannt. Wenn man in Moskau bisher die aufs höchste gerüstete Sowjetarmee als ein Mittel zur Verteidigung bezeichnete, so steht dem gegenüber das Wort des Führers der Roten Armee, Borschilow, das er erst vor wenigen Tagen aussprach, daß nämlich die Armee der Weltrevolution bereitstehe, mit Giftgas und Batterien gegen die nichtbolschewistischen Staaten zum Angriff überzugehen. Der „demokratische“ Charakter der Sowjetunion, an dem der Nationalsozialismus immer zweifelte, ist in seiner Verlogenheit bloßgestellt worden durch den sowjetrussischen Geschäftsträger in Butareff, Budenko, der zugleich eine vernichtende Schilderung der Zustände in der Sowjetunion gab und darüber hinaus durch sein Entweichen aus Butareff das Treiben der GPU enthüllte, die sich nicht scheut, selbst außerhalb der Sowjetgrenzen die verbrecherlichsten Mittel anzuwenden. Wenn diese Angaben nicht genügen, der mag auf Trozki verweisen sein, der feststellte, daß in Rußland eine Herrschaft der Minderwertigen ausgeübt wird, daß die Schaffenden ausgebeutet und daß statt der als so völkervergleichend gepriesenen Ideen der blutige Imperialismus herrscht. Walter C. L. T. rine, der Führer der englischen Gewerkschaften äußert sich nach einer Studienreise durch Sowjetrußland nicht nur mit vernichtenden Urteilen, sondern lehnt für England die bolschewistische Diktatur deshalb ab, weil das englische Volk durch seine demokratische Tradition und sein weit höheres Kulturniveau eine solche Diktatur niemals ertragen würde. Er hebt auch berechtigte Zweifel darüber, „ob die Kommunisten wirklich aufrichtige Verteidiger der Demokratie sind“. Selbst André Gide, der französische Dichter, der noch in Moskau bekannte, daß das Schicksal der Kultur mit dem Schicksal der Sowjetunion verbunden sei, konnte nicht umhin, das sowjetrussische System und die von ihm heraufbeschworenen Zustände zu brandmarken. Und schließlich sei auf die ehemalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Maria Reese verwiesen, die in dem so „paradiesischen“ Sowjetrußland nicht einmal die geringsten sozialen Errungenschaften fand, die in Deutschland seit Jahrzehnten selbstverständlich sind.

Wenn wir in Deutschland diese Zustände erkannt haben, so erwacht uns die Pflicht, sie in aller Öffentlichkeit immer und immer wieder bloßzustellen. Es genügt nicht, daß vielleicht einige wenige Umstände sind, darüber aufzuklären. Ein jeder deutsche Mensch muß imstande sein, mitzubekommen an der Niederringung der großen bolschewistischen Weltgefahr. Dem dient die große Versammlungssaktion „Wörterfrieden oder Judenbittatur“, in der vom 4. bis 19. März in 1350 Massenkundgebungen der NSDAP. bekannte Redner der Partei diese europäische Schicksalsfrage und ihre große Bedeutung herausstellen werden.

In Dresden werden u. a. Gauleiter Reichshaltbatter Mutjmann und Gauleiter Streicher sprechen.

Im Zeichen des deutschen Friedens

Staatsrat Dr. Jury im österreichischen Rundfunk

Der stellvertretende Bundesleiter des volkspolitischen Referats im Amt des Frontführers, Staatsrat Dr. Hugo Jury, sprach im österreichischen Rundfunk. Er erklärte u. a., wenn er heute als Nationalsozialist über die Sender Österreichs spreche, so geschehe das im Zeichen des deutschen Friedens und der Verbrüderung. Den österreichischen Nationalsozialisten stehe nun die volle Mitarbeit in Österreich zu, ohne Opfer an ihrer Gesinnung fänden sie in allen verfassungsmäßigen Einrichtungen Gelegenheit zur friedlichen Aufbauarbeit.

Die Nationalsozialisten würden nun an dem Geschick des Vaterlandes, an seiner politischen Willensbildung im Rahmen der Gesetze mitwirken. Freierlich bekennen sie sich zu einem deutschen Österreich, das eine deutsche Sendung als Ostmark des deutschen Gesamtvolkes erfülle, zu einem christlichen Österreich, das nicht im alten Sinne parteigebunden oder einer Konfession ausschließlich verpflichtet sei, sondern zu einem Christentum der Tat, Gesinnung und Haltung, zu einem ständisch gegliederten, unter autoritärer Führung stehenden Österreich. An Stelle geheimer Zusammenkünfte trete nun das volle offene mannhaftes Bekenntnis zur Idee und das politische Wirken im Rahmen der verfassungsmäßigen staatlichen Willenträgers, der Vaterländischen Front.

Halbtenkreuz und Hitler-Gruß

Ueber die Anwesenheit des Bundesministers für Inneres und Sicherheitswesen, Dr. Seyh-Inquart in Graz, wurde durch das volkspolitische Referat für Steiermark folgende Mitteilung ausgegeben:

Anlässlich der Anwesenheit in Graz hatte Bundesminister Seyh-Inquart am Dienstagabend und Mittwochvormittag Besprechungen mit Vertretern des volkspolitischen Referats und führenden Mitgliedern der nationalsozialistischen Bewegung. In diesen Ausprägungen wurde der Weg für die nächste Zukunft klar, eindeutig und zufriedenstellend festgesetzt. Besonders wurde das Gebiet des freien weltanschaulichen Bekenntnisses besprochen. Es wurde festgelegt, daß das Tragen von Halbtenkreuzabzeichen und der Gruß „Heil Hitler!“ im Privatleben jedem einzelnen freigegeben ist.

Rundgebungen in Graz

In diesen Tagen weilte, wie bereits gemeldet, der Bundesminister für Inneres und Sicherheitswesen, Dr. Seyh-Inquart, in Graz, wo er Besprechungen mit Ver-

tretern des volkspolitischen Referats und führenden Mitgliedern der nationalsozialistischen Bewegung hatte. Anwesenheit von Dr. Seyh-Inquart hatte sich schnell in Graz herumgesprochen und bald strömten in größeren Zügen aus der Stadt die Menschen vor das Haus von Prof. Dardieu, wo der Bundesminister als Gast weilte.

Wie sich der „Daily Telegraph“ von seinem Wiener Korrespondenten berichten läßt, kam es dabei zu großen spontanen Kundgebungen. Fackeln und Halbkreuzbanner waren von der Menge getragen worden, während junge Männer die Aufrechterhaltung der Ordnung übernommen hätten. Vor dem Hause von Prof. Dardieu hätten die Tausende Heilgrüße auf Adolf Hitler ausgebracht und unter Rufen wie „Heil Seyh-Inquart! Ein Volk, ein Reich! Heil Deutschland!“ sei die Menge an dem Hause vorbeigezogen. Nach dem Bericht des Blattes kam immer wieder das Deutschland- und das Heil-Weiß-Rot auf. Schließlich zeigte sich nach langem Warten Seyh-Inquart am Fenster, von der Menge mit jubelnden Zurufen begrüßt. Wieder wäre das Heil-Weiß-Rot angeklungen worden. Bei dem Schlußvers sei der Jubel der Menge diesmal zu einer leidenschaftlichen Freudekundgebung geworden.

Amnestie nicht nach leeren Buchstaben

Das Justizministerium hat an die Staatsanwaltschaft Weisungen erteilt, die Amnestie auch auf Fälle anzuwenden, die zwar nicht durch den Wortlaut der Amnestieverfügung direkt bezeichnet, dem Wesen nach aber durch sie ebenfalls erfasst werden. Es sollen auch jene Personen, die sich zur Zeit der Verkündung der Amnestie im Ausland aufgehalten haben, ohne sich der Verfolgung durch die Sicherheitsbehörden entziehen zu wollen, begnadigt werden. Ferner werden bei solchen Beurteilungen, denen ähnlich der Amnestie vom Juli 1936 ein bedingter Strafnachlass zuteil wurde, von allen weiteren Maßnahmen abgesehen; bei den damaligen Begnadigungen wurden nicht, wie bei der Generalamnestie, die der Vertriebsgänger Begnadigung folgte, der Verlust der akademischen Titel, sowie der Pensionsansprüche und dergleichen aufgehoben. Schließlich werden laut der Anweisung des Justizministeriums durch die Amnestie vom 16. Februar jene Personen erfasst werden, die schon ähnlich der Amnestie von 1936 begnadigt worden waren, gegen die aber wegen neuer politischer Betätigung ihre alten Strafen wieder vollstreckt gemacht worden waren.

Schluß mit den Konfessionsjuden!

Was will die Adefa? — Die Ausschaltung des jüdischen Anteils in der Bekleidungsindustrie in vollem Umfange.

Als die „Adefa“, Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie G. m. b. H. im Mai 1933 gegründet wurde, gehörten nur einige wenige Unternehmer zu den Gründern. Das Beispiel der Adefa hat uns gezeigt, wie eine Gruppe deutscher Unternehmer ohne Hilfeleistung irgendwelcher amtlicher Stellen im Sinne der A. r. n. b. e. r. g. e. s. e. j. e. sich Raum und Gehör schaffte für deutsche Leistungen und deutsche Erfolge. Heute zählt die Adefa 600 Mitglieder, die zusammen einen Jahresumsatz von fast 250 Millionen RM repräsentieren, verfügt über vier Ortsgruppen in Steier, Brestau, Adorfenburg und Berlin, und die Mitgliedsfirmen verteilen sich über 40 deutsche Städte. Die Adefa veranstaltet in Berlin jährlich sechs Ausstellungen, zu denen jeweils eine große Zahl von Einzelhändlern aus dem gesamten Reich zum Einkauf zusammenkommt. Im Frühjahr und Herbst finden Modeschauen der Adefa-Firmen für Damenoberbekleidung statt. All diesen Angaben ist die äußere Erscheinungsform der Adefa-Arbeit, aber die die breitere Öffentlichkeit bis vor kurzem noch sehr wenig wußte, hier gekennzeichnet. Was sind aber nun die eigentlichen Arbeitsziele, die Aufgaben und die Leistungen der Adefa?

Sie ergeben sich aus der Tatsache, daß der jüdische Anteil an der Herrenoberbekleidungs-, Kopfbedeckungs- und Ausstattungsindustrie 35 Prozent, an der Herren- und Damenwäschindustrie 40 Prozent, an der pelzverarbeitenden Indu-



trie 60 Prozent und an der Damenoberbekleidungsindustrie 70 Prozent beträgt. Allein in der Damen- und Herrenoberbekleidungsindustrie kauft der Einzelhandel jährlich von jüdischen Lieferanten für etwa 400 Millionen RM. Erzeugnisse und vermischt sie dem ahnungslosen Publikum als Ware vom arischen Einzelhandelsgeschäft, während der Einzelhandel beim arischen Fabrikanten dieses Wirtschaftszweiges nur für etwa 500 Millionen RM kauft. Eine Anzahl bedeutender Unternehmer des Einzelhandels hat sich allerdings schon auf Ware aus arischer Hand umgestellt.

Auf den häufig vorgebrachten Einwand, daß es nicht genügend arische Fabrikanten gäbe, wenn alle Einzelhändler Ware aus arischer Hand beziehen würden, ist zu entgegnen, daß seit 1933 über 150 jüdische Neugründungen in der Konfektion damit finanziert wurden, daß diese Juden Aufträge vom arischen Einzelhandel erhielten. Ebenfalls könnten heute 150 arische Neugründungen ins Leben gerufen werden, wenn ihnen die notwendigen Aufträge gegeben würden.

Durch die Beschlässe der Adefa vom 15. 11. 1937, nicht mehr vom Juden zu kaufen, sind bei den jüdischen Webern und Vorkleberanten nunmehr die Warenmengen freigegeben, die fast 600 arische Fabrikanten nicht mehr von dort beziehen. Die Adefa-Mitglieder suchen nun bei den arischen Webern Ertrag und darüber hinaus noch mehr Ware, da sich ja ihre Umsätze ständig vergrößern. Diese Umlagerung ist in vollem Gange und findet auch bereits gewisse Berücksichtigung bei den Lieferungsverhältnissen. Der arische Weber kann hier helfen, indem er seine jüdischen Abnehmer abbaui zugunsten des vergrößerten und ständig wachsenden Bedarfs arischer Bekleidungsfabrikanten.

Von großer Bedeutung für das tausende Publikum ist es, daß die Erzeugnisse der Adefa-Fabrikanten nicht nur wie bis-

her ein eingnähtes Etikett, sondern vom 1. 4. d. J. an ein Anhängetikett erhalten, das als das „Zeichen für Ware aus arischer Hand“ wirken wird. Es bedeutet, daß die Ware vom Weber und Wirtler über den Bekleidungsfabrikanten bis zum Einzelhändler nur durch arische Hände gegangen ist. Dieser entschlossene Kampf der Adefa zur Ausschaltung des Konfessionsjuden bedarf um so mehr der entschlossenen Mitarbeit aller Verbraucher und aller Verbraucher, als wir uns im Laufe der letzten Jahre oft genug haben davon überzeugen lassen müssen, daß der Jude in Geschmacksfragen niemals mit unserem deutschen Geschmack übereinstimmen kann.

Modewohnsinn und Umfassigkeit sind seine einzigen Geschäftsgrundzüge. Wenn er heute überhaupt in der Bekleidungsindustrie noch etwas leistet, so nur deshalb, weil deutsche Fachleute, deutsche Konfektionäre, deutsche Näherinnen in abhängiger Stellung für ihn arbeiten. Eine deutsche Bekleidungsindustrie will beweisen, daß der Jude nicht nur entbehrlich, sondern gar nicht in der Lage ist eine angemessene Kleidung für den deutschen Menschen zu schaffen. Und deutsche Verbraucher werden und müssen in Zukunft bei ihren Einkäufen darauf achten, daß sie die Waren erhalten, die das Zeichen für Ware aus arischer Hand tragen.

Betriebe aus den artverwandten Zweigen der Bekleidungsindustrie, wie Berufsbekleidung, Herren- und Damenwäsche, Krawatten, Hüte, Schirme u. a., werden demnach der Adefa beitreten und dann die entsprechende Kennzeichnung ihrer Erzeugnisse vornehmen können.

Schweres Brandunglück in Oberitalien

Milano, 3. März. Die Hanfverarbeitungsfabrik in Tresigallo bei Ferrara ist durch einen Brand völlig zerstört worden. Das Feuer brach während des Schichtwechsels der Beschäftigten in einem Warenlager aus und griff infolge der leichten Brennbarkeit des Verarbeitungsmaterials mit ungeheurer Geschwindigkeit auf das ganze Gebäude über. In kaum mehr als einer halben Stunde war von den sechs Arbeitsstätten nur noch ein rauchender Trümmerhaufen übrig. Sämtliche Vorräte und Maschinenanlagen sowie die chemischen Abteilungen wurden ein Raub der Flammen. Nur die Fassade und die Wände des Kesselhauses blieben stehen. Der Schaden wird auf über 7 Millionen Lire geschätzt. Die Fabrik war erst vor kurzem mit einem Kostenaufwand von 3 Millionen Lire errichtet worden. Durch das Brandunglück sind über zweihundert Familien arbeitslos geworden.

Fällung von Arbeitsbüchern ist klarbar

Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß Fällungen in den Arbeitsbüchern streng bestraft werden. Nunmehr ist, wie der Präsident des Landesarbeitsamtes Sachsen mittelt, wieder ein Volksgenosse, der Blätter aus seinem Arbeitsbuch entfernte und eigenmächtige Eintragungen vornahm, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Bestrafte ist dabei noch verhältnismäßig glimpflich davongekommen, denn nach § 268, Ziffer 2, des Strafgesetzbuches kann für Fällung öffentlicher Urkunden — und eine solche stellt das Arbeitsbuch einwandfrei dar — Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren verhängt werden. Es kann daher nicht eindringlich genug vor Arbeitsbuchfällungen gewarnt werden.

Für Krankentafelbetrug nur Gefängnis

Wegen eines vollendeten und eines versuchten Vergehens des Betruges verurteilte ein Amtsgericht einen 24 Jahre alten Arbeiter zu drei Wochen Gefängnis. Dieser hatte bei der Vereinigten Innungs-Krankentafel in Stuttgart Krankengeld in Höhe von 16 RM für drei Tage erhoben, an denen er in Wirklichkeit gearbeitet hatte. Als er diesen Schwindel bald darauf wiederholen wollte, wurde er erwischt. In seiner Urteilsbegründung betonte das Gericht, daß in solchen Fällen grundsätzlich nur auf Freiheitsstrafe erkannt werden müsse, da die sozialen Einrichtungen wegen ihrer Bedeutung eines erhöhten Schutzes bedürften.